

„Entschlossen gegen Hass und Hetze“

Abschlussbericht des Kabinettsausschusses

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen Baden-Württemberg
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart

Redaktion

Koordinierungsstelle Präventiv und offensiv gegen
Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
E-Mail: lpp.32.kostpolar@im.bwl.de

Grafische Gestaltung

orelunited Werbeagentur GmbH
Fritz-Reuter-Str. 18, 70193 Stuttgart

Druck

WIRmachenDRUCK GmbH
Illerstraße 15
71522 Backnang

Bildquellen

Seite 4: Innenministerium Baden-Württemberg / Leif Piechowski
Seite 6 & 7: Justizministerium Baden-Württemberg, Staats-
ministerium Baden-Württemberg / Steffen Schmid, Sozialministerium
Baden-Württemberg / Xenia Leidig, Kultusministerium Baden-Württemberg,
Innenministerium Baden-Württemberg / Magdalena Friedel

1. Auflage, Januar 2026

Alle Rechte sind vorbehalten

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach
vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

KABINETTSAUSSCHUSS

„Entschlossen gegen Hass und Hetze“

Abschlussbericht



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

aktuell sehen wir uns einer Welle aus Hass und Hetze, Anfeindungen, Fake News und Desinformationen ausgesetzt. Das ist brandgefährlich, denn das kann unsere Gesellschaft spalten und ihr Herzstück gefährden: unsere Demokratie.

Um dem mit aller Entschiedenheit zu begegnen, haben wir als Landesregierung im September 2021 den Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Staats-, des Innen-, des Kultus-, des Sozial-, und des Justizministeriums haben wir Hass und Hetze den Kampf angesagt. Gemeinsam haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen gegen Hass und Hetze geschnürt und umgesetzt. Einige Themen haben wir uns ganz genau angeschaut: Darunter etwa den Schutz von Amts- und Mandats-trägern, die Bekämpfung des Antisemitismus, Hass im Netz, die Sicherheit von LSBTIQ*-Personen, Gewalt an Schulen und den Opferschutz. Oberstes Ziel war und ist es, Betroffene noch besser zu schützen.

Dafür haben wir ein starkes Netzwerk aus Staat und Gesellschaft geschaffen. Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Bereichen sind zusammengekommen, um Hass und Hetze die Stirn zu bieten.

Die Bekämpfung von Hass und Hetze ist freilich eine Daueraufgabe und erfordert einen langen Atem – für die Gesellschaft und für den Staat. Und diese Ausdauer haben wir. Deshalb werden wir auch weiterhin eine Kultur des respektvollen Miteinanders fördern, in der Hass und Hetze keinen Platz haben – weder in der analogen noch in der digitalen Welt.

Mein Dank gilt allen Beteiligten der Ministerien, Partnerinnen und Partnern sowie der Mitglieder der Task Force gegen Hass und Hetze für die wertvolle Zusammenarbeit und ihr eingebrachtes Engagement.

Ihr Thomas Strobl

Beteiligte



Marion Gentges
Ministerin der Justiz
und für Migration

„Opferschutz ist eine zentrale Aufgabe des Rechtsstaats. Nur wenn wir Betroffene konsequent schützen, begleiten und unterstützen, wird Gerechtigkeit für alle erfahrbar.“

Florian Haßler
Staatssekretär
im Staatsministerium



„Vier Jahre intensiver Arbeit haben viele Facetten von Hass und Hetze beleuchtet und zahlreiche Empfehlungen abgegeben. Doch die weitere zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft zeigt: Auch nach dem Ende des Kabinettsausschusses müssen wir das Thema weiter im Fokus behalten.“



Dr. Ute Leidig
Staatssekretärin im Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Integration

„Der Kampf gegen Hass und Hetze ist eine Daueraufgabe, die uns alle betrifft. Aus diesem Grund treten wir als Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zusammen mit unserer starken Zivilgesellschaft für ein besseres Miteinander ein. Von der Stärkung der Hilfesysteme gegen frauenfeindliche Gewalt über den Schutz von queeren Menschen vor Anfeindungen bis hin zur Forschung über altersspezifischen Extremismus wirken wir Hass und Hetze entschlossen entgegen, ob persönlich oder digital.“



Sandra Boser
Staatssekretärin im Ministerium
für Kultus, Jugend und Sport

„In einer Zeit, in der soziale Medien und Online-Plattformen einen immer größeren Einfluss auf unser tägliches Leben haben, ist es unerlässlich, den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch im digitalen Raum zu fördern. Als Landesregierung zeigen wir deshalb klare Kante gegen jede Form von Hass und Hetze und setzen uns ein für ein Miteinander, das von gegenseitiger Achtung und Rücksichtnahme geprägt ist – sowohl online als auch offline.“

Inhalt

| | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Gründung | 10 |
| 2 | Sitzungen | 12 |
| 3 | Task Force gegen Hass und Hetze | 14 |
| 4 | Maßnahmen | 16 |
| | 4.1 Schutz und Stärkung der Betroffenen | 17 |
| | 4.2 Stärkung staatlicher Stellen/Behörden | 24 |
| | 4.3 Aktionstage, Fachtage und Veranstaltungen | 29 |
| | 4.4 Forschung | 38 |
| 5 | Fazit | 40 |



1. Gründung

Um der besorgniserregenden Entwicklung im Bereich Hass und Hetze noch entschiedener entgegenzuwirken, hat die 17. Landesregierung des Landes Baden-Württemberg am 14. September 2021 den **Kabinettsausschuss** „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ eingesetzt. Den Vorsitz hatte der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl.

KABINETTSAUSSCHUSS

Kabinettsausschüsse sind Instrumente der Landesregierung, um zentrale, ministeriumsübergreifende und komplexe Fragestellungen zu bearbeiten.



Beteiligt waren neben dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, das Staatsministerium, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie das Ministerium der Justiz und für Migration.

Ziel des Kabinettsausschusses war es, Maßnahmen zu bündeln, Schwachstellen zu identifizieren und zu beheben sowie stärker in die Gesellschaft hinein zu sensibilisieren. Hierzu erhob und definierte der Kabinettsausschuss Handlungsfelder und machte strategische Vorgaben zur Umsetzung von Vorschlägen und Projektideen.

Als Geschäftsstelle des ressortübergreifenden Kabinettsausschusses wurde im Landespolizeipräsidium die Koordinierungsstelle „Präventiv und offensiv gegen Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus“ (KoSt PolAr) eingerichtet. Sie übernahm die koordinativen und administrativen Aufgaben, insbesondere das Monitoring der Arbeitspakete sowie die Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien und der Task Force gegen Hass und Hetze.

Zur besseren Lesbarkeit sind die Bezeichnungen der beteiligten Ministerien im Text folgend abgekürzt:

- Innenministerium
- Kultusministerium
- Sozialministerium
- Justizministerium

2.

Sitzungen

Für den Erfolg des Kabinettsausschusses waren der Austausch und die Vernetzung mit Expertinnen und Experten sowie weiteren relevanten Akteuren von entscheidender Bedeutung. Der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben hatte ein Anwesenheitsrecht bei allen Sitzungen. Zudem leisteten Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Kommunalen Landesverbände und der Zivilgesellschaft mit ihrer Expertise einen wertvollen Beitrag. Der Kabinettsausschuss traf sich zu insgesamt zehn Sitzungen.



Die **konstituierende Sitzung** erfolgte am **16. November 2021**. Im Jahr 2022 kam der Kabinettsausschuss am **5. April sowie am 15. November** zusammen. Bei diesen Sitzungen wurden vornehmlich die zu setzenden Schwerpunkte konkretisiert und bearbeitet.



Am **28. Februar 2023** folgte eine **Sondersitzung** mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalen Landesverbände. Dabei wurden Möglichkeiten zur Verbesserung des **Schutzes von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern** erörtert.



Die **vierte Sitzung** fand am **28. November 2023** statt. Themenschwerpunkt waren die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten und davon ausgehend die **Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen und Juden** in Baden-Württemberg sowie die **Bekämpfung des Antisemitismus**.



Der Kabinettsausschuss traf sich am **19. März 2024** abermals zu einer **Sondersitzung** mit den Kommunalen Landesverbänden. Den Schwerpunkt bildeten die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl im Umfeld der **Kommunal- und Europawahlen** am 9. Juni 2024.



In der **fünften Sitzung** am **30. April 2024** lag der inhaltliche Fokus auf der **Akzeptanz und der Sicherheit von LSBTIQ*-Personen**.



Die **sechste Sitzung** fand am **19. November 2024** zum Thema „**Gewalt an Schulen**“ statt. Im Mittelpunkt standen Präventionsmaßnahmen, um Kinder und Jugendliche zu stärken sowie Gewalt im schulischen Umfeld in jeglicher Form zu bekämpfen.



In der **siebten Sitzung** am **6. Mai 2025** stand die **Unterstützung von Betroffenen von Hass im Mittelpunkt**. Besonderes Augenmerk galt dem **Opferschutz** und der **Beratung**.




Die **letzte Sitzung** fand am **20. Januar 2026** statt. Der Kabinettsausschuss zog **Bilanz** über seine geleistete Arbeit und verabschiedete den **Abschlussbericht**.



3.

Task Force gegen Hass und Hetze



Im Zusammenhang mit der Einsetzung des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ ist unter der Leitung des Landeskriminalamts Baden-Württemberg (LKA BW) eine Task Force eingerichtet worden. Aufgabe der Task Force war es, einschlägige Bedrohungen im Bereich Hass und Hetze frühzeitig zu erkennen und diesen mit geeigneten Maßnahmen aktiv zu begegnen.

TASK FORCE

Neben dem LKA BW waren die Landesanstalt für Kommunikation, die Landeszentrale für politische Bildung, das Landesamt für Verfassungsschutz, das Institut für Bildungsanalysen, das Demokratiezentrum, das Landesmedienzentrum sowie das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Mitglieder der Task Force. Der Verein WEISSER RING e. V. und HateAid gGmbH unterstützten anlassbezogen als temporäre Mitglieder.

Die Task Force richtete ihr Augenmerk auf die Stärkung der Medienkompetenz von insbesondere jungen Menschen und Internetnutzerinnen und -nutzern sowie auf die Qualifizierung und Sensibilisierung von Polizeibediensteten. Potentiellen Täterinnen und Tätern sollten zudem Konsequenzen verdeutlicht und ein Perspektivwechsel ermöglicht werden. Bis zum Herbst 2025 initiierte die Task Force unter dem Corporate Design und unter Gründung der „Initiative Toleranz im Netz“ mit dem Claim #aktivgegenHassundHetze circa 250 Maßnahmen und Projekte.

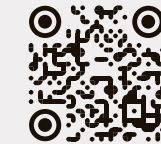
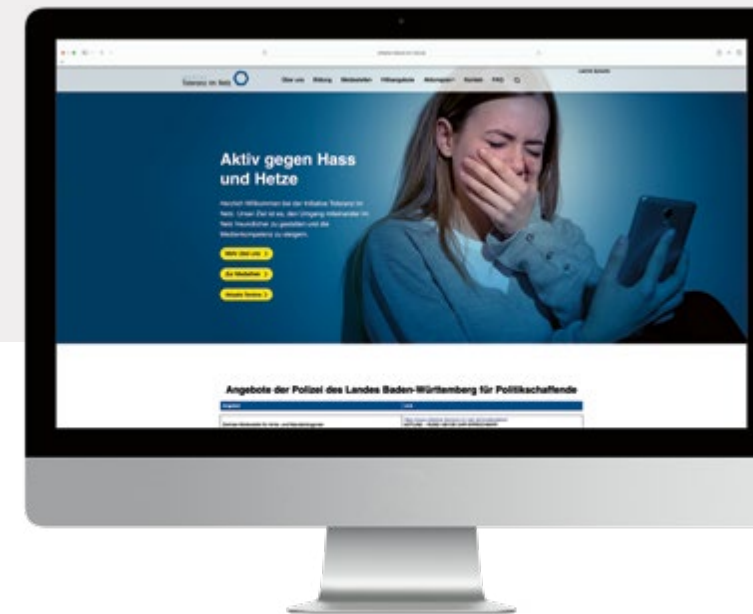
Entscheidender Aspekt für den Erfolg der Task Force war die Netzwerkarbeit. Die Verknüpfung staatlicher und nicht staatlicher Stellen bündelt Expertisen und bietet eine große Reichweite. So vernetzte sich die Task Force mit Partnerinnen und Partnern aus der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft. Kernstück und verbindendes Element des Netzwerks ist das Onlineportal der „Initiative Toleranz im Netz“, auf dem Betroffene und Interessierte umfassende Informationen und einen Überblick über passende Meldestellen und Hilfsangebote erhalten.



Die Kooperationspartner der Initiative Toleranz im Netz sind unter dem folgenden Link abrufbar:
www.initiative-toleranz-im-netz.de/hilfsangebote/

4. Maßnahmen

Der Kabinettsausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, vielfältige und passgenaue Maßnahmen gegen Hass und Hetze zu erarbeiten. In enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Ministerien sowie der Task Force gegen Hass und Hetze entstanden 46 Arbeitspakete. Darüber hinaus wurde aber auch eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen umgesetzt. Alle Maßnahmen und Arbeitspakete basieren auf den vier Säulen „Schutz und Stärkung der Betroffenen“, „Stärkung staatlicher Stellen/Behörden“, „Aktionstage, Fachtage und Veranstaltungen“ sowie „Forschung“. Im Folgenden soll ein Einblick in die vielfältigen Maßnahmen gegeben werden.



Onlineportal
Initiative-Toleranz-
im-Netz.de

4.1 Schutz und Stärkung der Betroffenen

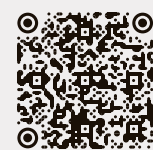
Hass und Hetze können erhebliches individuelles Leid, traumatische Erfahrungen oder gar körperliche Gewalt gegen Personen mit sich bringen. Der Kabinettsausschuss hat daher einen Fokus auf den Schutz und die Stärkung von Betroffenen gelegt. Besonders mit Anfeindungen und Vorurteilen konfrontierte Menschen sollen sich in Baden-Württemberg stets sicher und geschützt fühlen sowie Betroffene bestmöglich unterstützt und begleitet werden.



**Onlineportal
Initiative-Toleranz-im-Netz.de**

Ein wesentliches Vorhaben des Kabinettsausschusses und der Task Force gegen Hass und Hetze war es, das Onlineportal **www.initiative-toleranz-im-netz.de** ins Leben zu rufen. Ziel

des Onlineportals ist es, Betroffene und Interessierte zentral und umfassend über die verschiedensten Meldestellen, Bildungs- und Hilfsangebote sowie über Wissenswerte und Aktuelles rund um das Thema Hass und Hetze zu informieren.



Broschüre „Sicherheit für Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie andere Personen mit gefährdungsrisiko“



Schutz und Stärkung von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern

Im Vorfeld der Europa- und Kommunalwahlen 2024 sowie der Bundestagswahl 2025 wurden Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Wahlkandidatinnen und -kandidaten durch das Innenministerium umfassend über die Sicherheit im Zusammenhang mit Wahlen informiert.

Die Broschüre „Sicherheit für Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie andere Personen mit Gefährdungsrisiko“ wurde durch das LKA BW überarbeitet.

Das LKA BW hat in Zusammenarbeit mit der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg und dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg im Februar 2025 eine Onlineveranstaltung „Sicher im Wahlkampf“ ausgerichtet. Der Schwerpunkt lag auf der präventiven Beratung, insbesondere zu den Themen der Sicherheit im öffentlichen Raum, Sicherheit bei Veranstaltungen, Sicherheit im digitalen Raum sowie verhaltensorientierte Handlungskompetenzen bei persönlichen Angriffen.

Nach den Europa- und Kommunalwahlen bot das Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex) für die gewählten Personen gemeinsam mit der Verwaltungsschule des Gemeindetags im Oktober 2024 die Fortbildung „Anfeindung und Drohung statt politischer Diskurs – Handlungsoptionen in übergreifenden Situationen“ an.

Mit der Änderung der Kommunalwahlordnung zum 1. August 2023 ist ein zentrales Anliegen auf kommunaler Ebene erfolgreich umgesetzt worden. Ziel war es, die Veröffentlichung sensibler personenbezogener Daten von Kandidatinnen und Kandidaten zu reduzieren, um Anfeindungen und Übergriffen vorzubeugen. Konkret wird nun auf die Angabe der vollständigen Anschrift in Wahlbekanntmachungen und auf Stimmzetteln verzichtet.

Rechtzeitig vor der Landtagswahl 2026 sind mit der Änderung der Landeswahlordnung zum 29. Juli 2025 dieselben Schutzmechanismen für die Landtagswahlen eingeführt worden. Auch bei den kommenden Landtagswahlen wird somit auf die vollständige Anschrift der Kandidatinnen und Kandidaten in Wahlbekanntmachungen und auf Stimmzetteln verzichtet.



Schutz und Stärkung jüdischen Lebens

Die Erklärung „Einigkeit und Solidarität: Für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden sowie des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg und gegen Antisemitismus“ wurde gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Israelitischen Religionsgemeinschaften (IRGen) Baden und Württembergs verabschiedet. Mit der Erklärung bestärkt der Kabinettsausschuss sein Handeln gegen Antisemitismus und steht solidarisch an der Seite aller Jüdinnen und Juden.

Bereits seit dem Jahr 2019 fördert die Landesregierung technische und personelle Sicherungsmaßnahmen der IRGen. Mit der Unterzeichnung des novellierten Staatsvertrags im November 2024 wurde die finanzielle Unterstützung der IRGen ab dem Jahr 2025 verstetigt.

Zu Beginn des Jahres 2021 sind die bundesweit ersten Polizeirabbiner benannt worden. Als Teil eines Unterrichtsprojekts treten sie im Rahmen der Ausbildung und des Studiums einerseits in den Austausch mit sämtlichen angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten, andererseits bringen sie anlassbezogen auch im Bereich der Fortbildung ihr Wissen ein. Darüber hinaus stehen die Polizeirabbiner bei Bedarf allen Beschäftigten der Polizei Baden-Württemberg, sowie ihren Angehörigen, als Vertrauens- und Ansprechpersonen zur Verfügung. Im Dezember

2022 wurde die erfolgreiche Kooperation mit offenem Laufzeitende verlängert.

Zum Schutz jüdischen Lebens und zur Bekämpfung des Antisemitismus verfolgt das Innenministerium ein umfassendes Gesamtkonzept, das neben der Steigerung der objektiven Sicherheit auch Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls von Jüdinnen und Juden sowie zahlreiche Präventionsmaßnahmen vorsieht.

Im Januar 2022 hat das Innenministerium eine Handreichung zum Umgang mit möglichen Beschränkungen von antiisraelischen Versammlungen im Umfeld von Synagogen und anderen jüdischen/israelitischen Einrichtungen herausgegeben. Die zugrundeliegende bundesweite Musterhandreichung der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) ist unter der Federführung des Innenministeriums Baden-Württemberg erarbeitet worden. Die Handreichung gibt den Versammlungsbehörden Leitlinien für die Beschränkung von antiisraelischen Versammlungen im Wege von Auflagen bis hin zu deren Untersagung an die Hand, damit sich nicht antisemitische Hetze und Gewalt unter dem Deckmantel der Versammlungs- und Meinungsfreiheit auf den Straßen und vor den Synagogen in Deutschland entladen.



Bekämpfung von Gewalt an Schulen

Das Kultusministerium und das Innenministerium haben die bereits im Jahr 2015 vereinbarte „Gemeinsame Erklärung zu Angeboten im Bereich der Prävention für Schulen“ im November 2024 fortgeschrieben. Das bestehende Präventionsangebot der Polizei für Schulen wurde dabei erweitert und übersichtlicher aufbereitet.

Ziel der polizeilichen Präventionsangebote an Schulen ist es, bestmöglich auf Gefahren vorzubereiten, das Selbstbewusstsein zu stärken und das Urteilsvermögen zu schärfen. Neben der klassischen Verkehrs- und Drogenprävention stellen auch die Module rund um Hass, Hetze und Gewalt einen bedeutenden Schwerpunkt dar. Speziell zum Thema „Messerkriminalität“ hat die Polizei ein neues Modul entwickelt, in dem das Bewusstsein für Gewalt geschärft, Empathie gefördert und Jugendlichen vermittelt wird, dass sie auch ohne Waffen stark sein können.



Programm „BITTE WAS?!

Kontern gegen Fake und Hass“

Die Kampagne RespektBW des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Zeitalter der Digitalisierung zu stärken. Das zugehörige Programm „BITTE WAS?! Kontern gegen

Fake und Hass“ soll junge Menschen motivieren, sich aktiv mit den Werten einer lebendigen Demokratie auseinanderzusetzen. Sie sollen eine eigene unabhängige Meinung bilden und sich für ein respektvolles Miteinander einsetzen. Auch die Aufklärung über und Sensibilisierung für problematische Inhalte im Internet wie Hatespeech, Fake News oder Cybermobbing sind Teil des Programms.

Seit der Gründung des Kabinettsausschusses gab es bis zum Herbst 2025 über 250 Workshops und sieben Aktionstage an Schulen. Rund 8.000 Schülerinnen und Schüler nahmen daran teil.

Über 2.000 Schülerinnen und Schüler engagierten sich seit dem Jahr 2022 bei Wettbewerben und Social-Media Challenges mit Beiträgen wie Songs, Videoclips oder eBooks, um gemeinsam ein starkes Zeichen für Vielfalt und Toleranz zu setzen.

Das Projekt ergänzt das neue Fach „Informatik und Medienbildung“, das im Schuljahr 2025/26 an allen allgemeinbildenden Schulen eingeführt wird.



Schutz und Stärkung der LSBTIQ*-Community

Vernetzung und vertrauensbildende Austauschformate von Interessensvertretungen, Betroffenen und Behörden sind wesentliche Bausteine zur Stärkung der LSBTIQ*-Community.

Seit dem Jahr 2023 lädt das Innenministerium jährlich im Vorfeld zu den Christopher-Street-Day Veranstaltungen (CSD) insbesondere Menschen der LSBTIQ*-Community, Verantwortliche der CSD sowie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus den regionalen Polizeipräsidien ein. Ziel ist es, sich über die Beurteilung der Gefahrenlage, die Sicherheit rund um die CSD, den Umgang mit strafrechtlich relevantem Verhalten und kommunikative Aspekte auszutauschen.

Im Dezember 2023 wurde im Rahmen eines „Studium Generale“ an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPolBW) das Thema „Vielfältig sicher – Polizei und LSBTTIQ“ aufgegriffen.

Mit dem Runden Tisch „Schule queer gedacht“ stärkt das Kultusministerium seit dem Jahr 2023 den Austausch zwischen Schulen, Bildungsverwaltungen und Interessensvertretungen. Ziel ist es, queere Jugendliche und Lehrkräfte besser vor Diskriminierung zu schützen. Dazu wird unter anderem ein FAQ-Katalog für Lehrkräfte, spezielle Fortbildungen sowie eine ausgeweitete Meldepflicht bei diskriminierenden Vorfällen umgesetzt.

Seit Mai 2023 fördert das Sozialministerium die „Landeskoordinationsstelle zur Informationsvermittlung, Beratung und Unterstützung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen (tin* Personen) bei geschlechtsbezogener und sexualisierter Gewalterfahrung in Baden-Württemberg“. Neben einer Erstberatung für von Gewalt Betroffene bietet die Stelle Angebote für Organisationen sowie Fortbildungen im Kontext geschlechtlicher Vielfalt.

Träger ist das Queere Netzwerk Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Frauenberatungs- und Therapiezentrum Fetz e. V. Das Projekt fördert vor allem auch die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Fachberatungsstellen. So wurde die Versorgung deutlich verbessert und erste Strukturen in der Beratung und Unterstützung von tin* Personen mit Gewalterfahrungen in Baden-Württemberg implementiert.



Stärkung des Frauenhilfe- und Unterstützungssystems für die Herausforderungen durch geschlechtsspezifische digitale Gewalt

Das Sozialministerium fördert seit Ende des Jahres 2021 den Betrieb der „Koordinationsstelle zu geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt im sozialen Nahraum Baden-Württemberg“. Diese ist angesiedelt beim Trägerverein

Frauen helfen Frauen e. V. Heidelberg. Ziel des bundesweit einzigartigen Modellprojekts ist die Sensibilisierung, Qualifizierung und Fortbildung des Hilfesystems in Baden-Württemberg.

Der Fokus liegt auf Fachkräften von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt. Die Koordinierungsstelle bietet regelmäßige Schulungen und Fortbildungen über technische, rechtliche und psychosoziale Aspekte sowie Online-Fallberatungen an.

Seit März 2024 betreibt die Koordinierungsstelle das Online-Fachportal „Beratung digitale Gewalt“. Dieses bündelt und strukturiert Wissen und fungiert als zentrale Anlaufstelle für Fachkräfte aus dem Hilfesystem.



Bekämpfung von Antifeminismus in Form von frauenfeindlicher Gewalt

Das Sozialministerium fördert seit November 2022 das Modellprojekt „resa – Fortbildungen zum respektvollen Beistand“. Dieses dient der Sensibilisierung der Allgemeinheit und öffentlicher Stellen sowie von Berufsgruppen und

Bereichen, die mit dem Thema Gewalt gegen Frauen in Kontakt kommen können. Es unterstützt die Vernetzung und Fortbildung von Expertinnen und Experten aus den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Privatwirtschaft.

Im Rahmen des Projekts entwickelte das Frauenberatungs- und Therapiezentrum Fetz e. V. zielgenaue Fortbildungen über geschlechtsspezifische und frauenfeindliche Gewalt.



Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit Baden-Württemberg (FAQ BW)

Seit Dezember 2024 fördert das Sozialministerium die FAQ BW, die bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO) angesiedelt ist. Sie berät, informiert und vernetzt Betroffene, Fachkräfte, Sozialarbeitende sowie weitere Akteurinnen und Akteure wie auch Interessierte. Überdies findet ein Monitoring entsprechender Entwicklungen, sensibilisierende Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildungsmaßnahmen sowie Verweisberatung statt.



Sprechstunden „Umgang mit Antifeminismus“

Kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind in ihrem Arbeitsalltag häufig mit antifeministischen Angriffen und Anfeindungen konfrontiert und auch selbst betroffen. Um die Beauftragten in dieser herausfordernden Situation zu stärken, werden seit September 2025 durch die beim Sozialministerium angesiedelte Vernetzungsstelle für kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Sprechstunden zum Umgang mit Antifeminismus angeboten. Sie bilden einen geschützten Rahmen, in dem die Teilnehmerinnen antifeministische Vorfälle aus dem Arbeitsalltag analysieren, Erfahrungen reflektieren und Lösungsansätze erarbeiten. Die Wahrnehmung der Sprechstunde ist auch als Online-Angebot für alle Akteurinnen in Baden-Württemberg möglich.



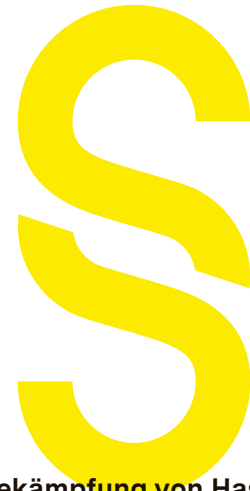
Frauen im digitalen Raum stärken und gegen Hatespeech empowern

Die Gestaltung geschlechtergerechter Digitalisierung war das Hauptthema der 34. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen

und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) 2024 unter dem Vorsitz Baden-Württembergs. Der Leitantrag Baden-Württembergs „Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen“ nahm insbesondere die Bekämpfung von Hatespeech, eine geschlechtergerechte Datenpolitik sowie die Entwicklung und den Einsatz geschlechtergerechter und diskriminierungsfreier Künstlicher Intelligenz (KI) in den Blick. Der Leitantrag Baden-Württembergs wurde auf der GFMK-Hauptkonferenz von allen Ländern unterstützt.



4.2 Stärkung staatlicher Stellen/Behörden



Eine fundierte Qualifizierung der Sicherheitsbehörden ist bei der **Bekämpfung von Hass und Hetze von besonderer Bedeutung**. Der Kabinettsausschuss nahm daher die **Stärkung staatlicher Stellen und Behörden in den Blick**. Hohe Standards bei der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren und ein sensibler Umgang der Polizei und Justiz mit den Betroffenen sind elementar. Sie erhöhen insbesondere das Vertrauen in staatliches Handeln und ermutigen Betroffene, Anzeige zu erstatten. So können die Täterinnen oder Täter einer juristischen Entscheidung zugeführt werden.



Kontaktpersonen der Polizei

In allen regionalen Staatsschutzdienststellen der Polizei sind Kontaktpersonen Hasskriminalität eingerichtet worden. Diese fungieren als Clearing- und Monitoringstelle für einschlägige Ermittlungsverfahren. Weiter unterstützen sie die Sachbearbeitung mit ihrem Fachwissen und dienen als zentrale Ansprechpersonen für Staatsanwaltschaften, Präventionsreferate, die Task Force gegen Hass und Hetze sowie externe Beratungsstellen. So ist ein wertvoller Informationsaustausch gewährleistet. Unter Koordination des LKA BW setzen die Kontaktpersonen Hasskriminalität die turnusmäßige „Streife im Netz“ um. Sie sind Anlaufstelle für Betroffene – selbst in Fällen, in denen die Schwelle zur Strafbarkeit noch nicht überschritten ist. Bei Bedarf vermitteln sie geeignete Beratungs- und Präventionsangebote.



Optimierung der Anzeigenaufnahme

Gemeinsam entwickelten das Innenministerium und die Task Force gegen Hass und Hetze für die Polizeibediensteten die Prozessbeschreibung zur „Bearbeitung von Hass und Hetze im Internet“. Darüber hinaus sind für die Polizei spezielle Taschenkarten und Plakate mit den wichtigsten Punkten zur Anzeigenaufnahme von Straftaten der Hasskriminalität im Netz erstellt worden. Diese erhöhen die Sensibilität und Handlungssicherheit. Die Taschenkarten enthalten zudem Informationen zur „Initiative Toleranz im Netz“ und über Anlaufstellen für Betroffene.



Kleiner Zeugenschutz

Gerade bei Hassdelikten liegt es nach allgemeiner Lebenserfahrung nahe, dass Betroffene im Falle einer Strafanzeige Repressalien ausgesetzt sein können. Dieser Gefahr kann durch den sogenannten „Kleinen Zeugenschutz“ im Einzelfall begegnet werden. Die Strafprozessordnung eröffnet die Möglichkeit, die Identität von Betroffenen im laufenden Verfahren zu schützen.

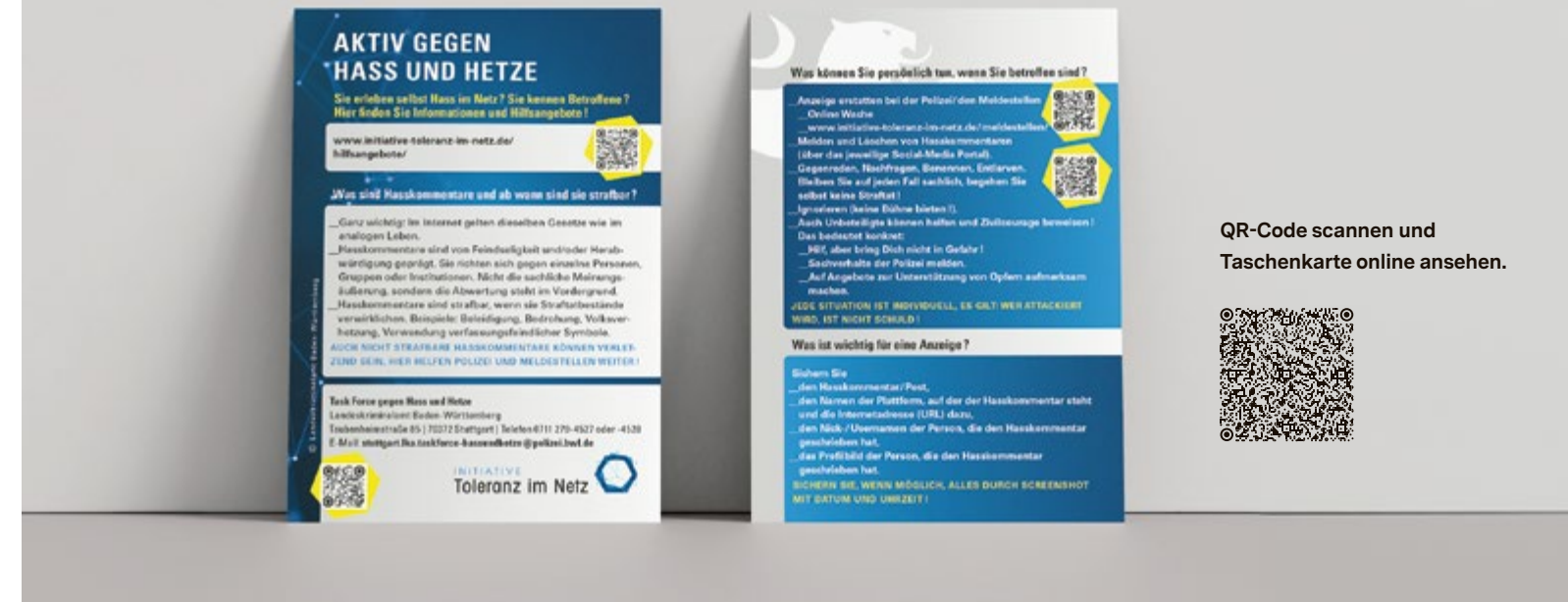
Um sicherzustellen, dass diese Regelung auch im Bereich der Hasskriminalität in der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Praxis möglichst effektiv umgesetzt wird, wurde eine Handlungsempfehlung erarbeitet. Sie erläutert, unter welchen Voraussetzungen § 68 Abs. 2 Satz 1 StPO Anwendung findet und beschreibt die Vorgehensweise für polizeiliches und justizielles Handeln.



Aus- und Fortbildung der Polizei

Lehrinhalte zum Thema Hasskriminalität, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen wurden in die polizeiliche Aus- und Fortbildung fest verankert.

Das Konex entwickelte in Zusammenarbeit mit der HfPoBW eine elektronische Lernanwendung. Ihr Ziel ist es, die Polizei zum Thema Hasskriminalität zu sensibilisieren, konkrete Informationen zur Anzeigenbearbeitung zu vermitteln sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Betroffene von Hass und Hetze aufzuzeigen.





Anlaufstelle für Betroffene von Hassbotschaften aus dem Bereich der Justiz

Als Reaktion auf die zunehmenden Anfeindungen gegenüber Justizangehörigen ist im Februar 2023 im Justizministerium eine Anlaufstelle geschaffen worden, mit der betroffenen Beschäftigten aller Berufsgruppen in der Justiz Unterstützung angeboten wird. Die Anlaufstelle informiert einzelfallbezogen über zur Verfügung stehende Handlungsmöglichkeiten, begleitet Betroffene und vermittelt bedarfsgerechte Hilfsangebote in der belastenden Situation, wie etwa Einzelcoachings oder eine polizeiliche Krisenberatung.

Zudem informiert ein eigens erarbeiteter Handlungsleitfaden über die Unterstützungsleistungen der Anlaufstelle und beinhaltet rechtliche wie praktische Hilfestellungen im Umgang mit persönlichkeitsrechts- und ehrverletzenden Angriffen, gerade wenn diese im Internet erfolgen. Darüber hinaus wurde ein praxisorientiertes Informations- und Fortbildungsangebot entwickelt.



Stärkung der (digitalen) Resilienz von Justizbehörden

Im Rahmen praxisorientierter Fortbildungsveranstaltungen werden Führungskräfte, insbesondere Behördenvertreter, in der Justiz unter fachkundiger Anleitung im Umgang mit von Anfeindungen bis hin zu Angriffen betroffenen Justizangehörigen sensibilisiert, informiert und unterstützt. Dabei werden physische und psychische Formen von Gewalt und deren Folgen adressiert und die digitale Resilienz im Umgang mit Fällen von Hass und Hetze im Netz in den Blick genommen. In Kooperation mit konex wurde auch eine Veranstaltung zum Thema „Extremismusprävention bei Beschäftigten“ durchgeführt.



Aus- und Fortbildung der Justiz

Im Kontext „Hasskriminalität“ bestehende Aus- und Fortbildungsangebote der Justiz wurden intensiviert und um weitere Angebote ergänzt.

Dabei wurden – in Zusammenarbeit mit konex – die Fortbildungsveranstaltungen „Grundlagen Radikalisierung und Extremismus – Erkennen und Verfolgen von politisch und religiös motivierten Straftaten“ sowie „Der Umgang mit Hasskriminalität in der Justiz“ pilotiert und aufgrund positiver Resonanz im jährlichen Fortbildungsangebot verstetigt.

Aus der Veranstaltung zum Umgang mit Hasskriminalität entstand im Jahr 2025 zudem ein bundesweit angebotenes mehrtägiges Format am Standort der Deutschen Richterakademie in Trier, an dem sich neben Vortragenden aus der Justiz auch das LKA Baden-Württemberg, konex, die Jugendstiftung BW als Trägerin der Meldestellen „REspect!“ und die Landesanstalt für Kommunikation beteiligten.



Opferbeauftragte der Staatsanwaltschaften

Ein wichtiger Schlüssel für ein effektives Vorgehen gegen Hasskriminalität ist die Unterstützung von Opfern entsprechender Straftaten.

Baden-Württemberg verfügt über eine breitgefächerte Opferhilfelandchaft mit einer Vielzahl von Akteuren. Es ist wichtig, diese miteinander zu vernetzen und die Angebote den Betroffenen passgenau bekannt zu machen.

Hierzu wurden mit den im Doppelhaushalt 2025/2026 bewilligten 17 Neustellen Opferbeauftragte bei allen baden-württembergischen Staatsanwaltschaften geschaffen. Diese stehen seit Juli 2025 Betroffenen als Anlaufstellen zur Verfügung und vermitteln entsprechende Hilfsangebote.



Leitfaden „Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten in Baden-Württemberg“

Die Justiz tritt der zunehmenden Zahl von Anfeindungen von Jüdinnen und Juden durch konsequente und nachdrückliche Strafverfolgung entgegen.

Um die Staatsanwaltschaften bei der Aufdeckung und Verfolgung antisemitisch moti-

vierter Straftaten bestmöglich zu unterstützen, haben die Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaften Karlsruhe und Stuttgart einen Leitfaden erarbeitet. Dieser enthält unter anderem eine Liste von Indikatoren, die auf eine antisemitische Tatmotivation hindeuten, sowie Hinweise für die ermittelnden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte für eine sachgerechte Durchführung der strafprozessualen Ermittlungen in diesen Verfahren.



Leitfaden Demokratiebildung

Der Leitfaden stellt für alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen die verbindliche Grundlage zur Stärkung von Demokratiebildung und Extremismusprävention dar. Das Kultusministerium und das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) unterstützen die Schulen mit diversen Angeboten. Hierzu zählen

beispielsweise der „Zertifikatskurs Demokratiebildung – Schule für Demokratie“ sowie Veranstaltungsformate für Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Maßnahmenpakets der Landesregierung „Sicherheit stärken, Migration ordnen, Radikalisierung vorbeugen“. Zu Letzterem gehören auch die „Aktionstage Demokratiebildung“ und Workshops im Rahmen des Projekts „Yad be Yad“.

Das ZSL bietet Lehrkräften seit Februar 2025 Fortbildungen zur Stärkung von Interventionskompetenzen im Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Haltungen und Handlungen an.

Die Bildungsreform stärkt maßgeblich die Demokratiebildung. Demokratiekompetenzen werden im Rahmen von Klassenlekturen und projektorientierten Lernformen niederschwellig und lebensweltorientiert vermittelt.



4.3 Aktionstage, Fachtage und Veranstaltungen

Aktionstage, Fachtage und Veranstaltungen sind zentrale Elemente der gesamtgesellschaftlichen Bekämpfung von Hass und Hetze. Signalgebende Aktionstage erreichen die breite Öffentlichkeit. Fachtage können die Fähigkeiten und Kompetenzen der Teilnehmenden erhöhen. Netzwerkveranstaltungen schaffen Räume für den Austausch zwischen verschiedenen Interessensgemeinschaften und staatlichen Stellen. Der Kabinettsausschuss konnte hierbei auch weitere Handlungsfelder identifizieren, die Umsetzung seiner Maßnahmen kontinuierlich begleiten und ihre Wirkung bewerten.

Demokratiekonferenz 2023

Im November 2023 wurde unter Leitung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung und dem Regierungsrat des Kantons Aargau die Demokratiekonferenz 2023 in Reutlingen durchgeführt. Hier wurden die Rolle der Medien in Bezug auf Politikvermittlung und Meinungsbildung diskutiert sowie Verschwörungserzählungen und ihre Verbreitung in den Blick genommen.

In Workshops wurden Themen wie Digitale Zivilcourage, Desinformationen, Fake News und Medienvielfalt behandelt. Es wurden Lösungsansätze entwickelt, wie falsche Informationen entlarvt werden können.

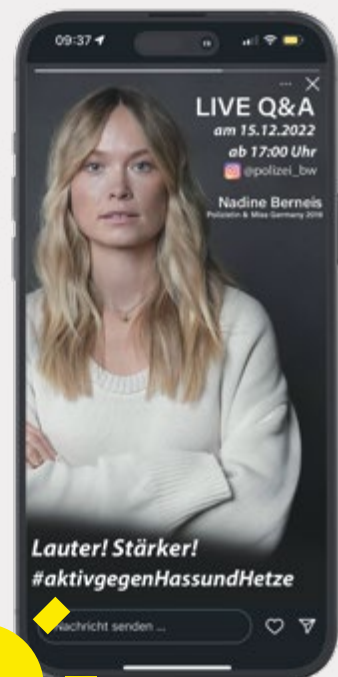
Landesdemokratiekonferenzen

Unter dem Motto „Nötiger denn je: Bekannte und neue Herausforderungen für die Demokratieförderung und Extremismusprävention“ diskutierten im Juli 2024 rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Stuttgart über Angriffe auf die Demokratie, den Aufstieg rechtsextremer Akteure und die Radikalisierung durch soziale Medien.

Die Landesdemokratiekonferenz 2025 hatte das Thema „Demokratie online – Wie soziale Medien unsere Debatten verändern“. Immer mehr Menschen bilden ihre Meinung im Internet. Die Landesdemokratie-

konferenz ging den Fragen nach, was dies für Demokratie und sozialen Zusammenhalt bedeutet und wie sich Fake News, Hassrede, Filterblasen und Echokammern auf die demokratische Meinungsbildung auswirken.

Die jährlich stattfindende Landesdemokratiekonferenz vernetzt zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure, die in Baden-Württemberg für Extremismusprävention und Demokratieförderung arbeiten. Die Konferenzen widmen sich einem besonderen relevantem Thema des jeweiligen Jahres. Zudem stellen zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Arbeit vor, tauschen sich aus und informieren sich gegenseitig.



Aktionstage und Kampagnen gegen Hass und Hetze

Der Start des Onlineportals der „Initiative Toleranz im Netz“ im Juli 2022 wurde mit einem Aktionstag begleitet. Mit dem Format „Question and Answer“ (Q&A) zum Thema Hass und Hetze stellten sich Expertinnen und Experten live auf den Social-Media-Kanälen der Polizei Baden-Württemberg den Fragen der Internetnutzenden.

Ein seit Juli 2023 etabliertes Instrument der Polizei sind die Aktionstage der „Streife im Netz“. Hierbei bestreifen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verschiedene Plattformen im Internet und bringen strafbare Hasspostings zur Anzeige. Die bisherigen Streifen im Netz

fokussierten insbesondere Hasspostings gegen Politikerinnen und Politiker, jüdische und israelitische Personen und Einrichtungen sowie die LSBTIQ*-Community.

Die Social-Media-Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz in Baden-Württemberg“ wurde im Juli 2022 veröffentlicht. Verschiedene Botschafterinnen und Botschafter, darunter Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger, bekannte Sportlerinnen und Sportler, Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Dienstes wie Lehrkräfte und Angehörige der Justiz warben für ein gemeinsames Engagement.

Die im Dezember 2022 veröffentlichte Kampagne „Lauter! Stärker! #aktivgegenhassundhetze“ zeigte anhand von Videoclips auf, welche Handlungsoptionen Betroffene von Hasskriminalität haben, welche Organisationen ihnen bei der Bewältigung zur Seite stehen und wie Polizei und Staatsanwaltschaft im Rahmen von Ermittlungsverfahren agieren. Die Clips erhielten beim Spotlight Festival den Publikumspreis in Gold und wurden über die Social-Media-Kanäle der Polizei Baden-Württemberg veröffentlicht. Sie tragen zur Stärkung der Medienkompetenz aller Internetnutzenden bei. Zudem erhalten potentielle Täterinnen und Täter Einblicke in die Opferperspektive und bekommen mögliche Konsequenzen ihres Handelns aufgezeigt.

Aktionstag „Bekämpfung von Gewalt an Schulen“

Im Juni 2025 fand in Reutlingen der überregionale Aktionstag zur Bekämpfung von Gewalt an Schulen statt. Rund 80 Schulleiterinnen und Schulleiter aus den Landkreisen Reutlingen, Tübingen, Esslingen und dem Zollernalbkreis informierten sich über aktuelle Präventions- und Unterstützungsangebote. Parallel nahmen 374 Schülerinnen und Schüler an Workshops, Vorträgen und Diskussionsrunden teil. Themen waren unter anderem der Umgang mit Hass und Hetze, Cybermobbing, Extremismus sowie die Nutzung sozialer Medien.



Schulwettbewerb

„Jüdisches Leben in Deutschland: Eine Quelle der Vielfalt“

Der im Frühjahr 2024 stattgefundenene Wettbewerb hatte zum Ziel, vorurteils-geleiteten Stereotypen sowie der Entstehung antisemitischen Gedankenguts schon frühzeitig entgegenzuwirken. Gemeinsam mit der Task Force gegen Hass und Hetze und dem Begegnungsprojekt **Meet a Jew** des Zentralrats der Juden in Deutschland befassten sich circa 500 Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse gezielt mit den Einflüssen des jüdischen Lebens in Deutschland. Das Projekt wurde zweimal mit dem Deutschen Preis für Onlinekommunikation 2024 prämiert. Zudem wurde es zweimal für die European Excellence Awards nominiert.

Online-Veranstaltungsreihe zum Umgang mit digitaler Gewalt und Antifeminismus

Anlässlich der Kommunalwahl 2024 wurde den (neu)gewählten Kommunalpolitikerinnen sowie politischen Akteurinnen in Baden-Württemberg ein niederschwelliges Online-Bildungsangebot unterbreitet, das sie im Umgang mit Angriffen stärken und ihre politische Teilhabe fördern sollte. Die Veranstaltungsreihe wurde vom Sozialministerium in enger fachlicher Zusammenarbeit mit HateAid, der Amadeu Antonio Stiftung sowie mobirex – Monitoring|Bildung|Information zur extremen Rechten, GMF und Antifeminismus, Fachstelle im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, durchgeführt. Rund 30 Kommunalpolitikerinnen und politisch aktive Frauen aus ganz Baden-Württemberg wurden erreicht und nachhaltig gestärkt.

Fachtag „Klick. Klick. Hass. Das Internet – (K)ein Raum für Hatespeech!“

Im Juli 2022 richtete die KoSt PolAr mit Unterstützung des konex den Fachtag im Haus der Geschichte Baden-Württemberg aus. Dieser brachte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Social Media, Politik und Polizei zusammen, um die Ursachen von Hass und Hetze sowie die Herausforderungen im Umgang damit zu diskutieren und Lösungsansätze zu finden.

Fachtag „Geschlecht und Hass im digitalen Raum. Das Internet – (K)Ein Ort für Sexismus und Hatespeech“

Das Sozialministerium hat den Fachtag im Oktober 2023 als hybride Veranstaltung durchgeführt. Er sollte für digitale Gewalt, Hass und antifeministische Entwicklungen im Netz sensibilisieren und die besondere Betroffenheit mit Blick auf Geschlecht und weitere Merkmale verdeutlichen. Teilnehmende kamen aus dem Gewaltschutzbereich und aus den Kommunen sowie aus der queeren Community. Mit der Vorstellung des GesellschaftsReports der Familienforschung BW lag der Schwerpunkt auf Kommunalpolitikerinnen. Zudem befasste sich der Fachtag mit dem Thema Hatespeech als einer Form von digitaler Gewalt unter dem Aspekt der Geschlechtsspezifität und des Antifeminismus.

Es gilt, Hilfsangebote noch bekannter zu machen. Im Rahmen eines GFMK-Länderaustauschs wurde der Fachtag als Best Practice Beispiel vorgestellt.

Fachtag „#STOPHATE – GEMEINSAM GEGEN HASS“

Die Meldestelle RESpect! der Jugendstiftung Baden-Württemberg veranstaltete im Juni 2024 in Ulm diesen Fachtag. Zielgruppe der Veranstaltung im Rahmen des Demokratiezentums waren Multiplikatoren der Jugendarbeit, pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Jugendämtern, Sozialdiensten und Antidiskriminierungsstellen, Beraterinnen und Berater sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Der Fachtag diente dazu, konkrete Strategien gegen Hass und Hetze im digitalen Raum zu entwickeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten an praxisnahen Maßnahmen, rechtlichen Fragen und bewährten Methoden, um Respekt und Toleranz zu fördern. Gleichzeitig bot die Veranstaltung Raum für einen interdisziplinären Austausch und Vernetzung, um gemeinsam Hass entgegenzutreten und demokratiefeindliche Positionen aktiv zu bekämpfen.

Fachtag „BITTE WAS?! Kontern gegen Fake und Hass“

Beim digitalen Fachtag im November 2024 stand die zunehmende Verbreitung von Hassrede, Falschinformationen und Beleidigungen im Netz, insbesondere mit Blick auf deren Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, im Fokus.

Die Veranstaltung für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter bot praxisnahe Workshops zur Integration der Thematik in den Schulalltag. Dabei wurden individuelle und gesellschaftliche Folgen von Hass und Hetze verdeutlicht und pädagogische Handlungsansätze vermittelt.

Workshops zu „Radikalisierung durch Sprache auf TikTok“, „Informationskompetenz und Desinformation“, „Fankulturen und Radikalisierung auf Social Media“, „Entlarvung von Falschinformationen“ und „Hatespeech und verantwortungsvoller Medienumgang“ gaben wertvolle Impulse für die schulische Bildungs- und Präventionsarbeit.

Fachtag „Gewaltprävention“

Im Juni 2024 fand der Fachtag in Kooperation mit der Unfallkasse Baden-Württemberg, den Kommunalen Landesverbänden und dem Innenministerium statt. Ziel war es, Strategien und praxisnahe Konzepte zur Gewaltprävention im öffentlichen Dienst und Ehrenamt zu diskutieren, um Beschäftigte und Ehrenamtliche besser vor verbalen und körperlichen Angriffen zu schützen. Im Mittelpunkt standen der Erfahrungsaustausch zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis sowie die Auszeichnung erfolgreicher Präventionsprojekte mit dem UKBW-Preis.

Netzwerktreffen „Gemeinsam gegen Hass und Hetze“

Die KoSt PolAr veranstaltete seit dem Jahr 2022 mehrere Netzwerktreffen. Hier tauschten sich Expertinnen und Experten über ihre Arbeit aus und setzten Impulse für neue Ideen sowie Kooperationen. Unter anderem nahmen Vertretende aus Politik, der Polizei, den IRGen Baden und Württembergs sowie von Nichtregierungsorganisationen teil. Bei der im Dezember 2024 stattgefundenen Veranstaltung stellte die Polizei das im selben Jahr landesweit ausgerollte Projekt der „Strategiepatenschaft für Demokratie und Toleranz“ vor.

Gaming for Democracy: Hate Hunters spielend gegen Hass!

Extremistische Gruppierungen nutzen zunehmend Gaming-Plattformen und Chaträume, um ihre Hassideologien zu verbreiten. Hierdurch radikalisierten und rekrutieren sie vor allem auch junge Menschen. Die Fachstelle Extremismuskommunikation (FEX) beim Demokratiezentrum hat gemeinsam mit weiteren Partnerinnen und Partnern das Serious Game „Hate Hunters“ als europäisches Projekt entwickelt. Ziel des Spiels ist es, das Bewusstsein für kulturelle Stereotype, Diskriminierung und Hassrede zu schärfen. Bis Oktober 2025 wurden rund 1.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren erreicht.

Hackathon 2025

Gemeinsam mit dem Staatsministerium richtete der Verein Ha-Kesher e. V. im Mai 2025 in Stuttgart das Finale des bundesweiten Hackathons aus. Der Name bildet sich aus Hack und Marathon. Schirmherren des diesjährigen Wettbewerbs waren der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben Dr. Michael Blume sowie der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl.

Ziel des Hackathons ist es, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, im Team mit Ideen oder Technologien zu experimentieren, um innovative Lösungen zur Bekämpfung von antisemitischem Hass und Hetze zu entwickeln. Damit unterstreicht Baden-Württemberg seinen Anspruch, Motor und Gastgeberland für neue Impulse auf diesem Gebiet zu sein.



Die prämierten Projekte verdeutlichen, wie erfolgversprechend der Ansatz eines Hackathons ist. Besonders jüngere Generationen verfügen über andere Zugänge, kreative Herangehensweisen und Skills. So wurde beispielsweise das TikTok-Profil „Mosaik“ in der Kategorie Software/Technologie ausgezeichnet. Es bietet jüdischen Menschen eine Plattform, um über jüdisches Leben in all seiner Vielfalt und Komplexität aufzuklären.

Fachtagung „Gemeinsam gegen Antisemitismus:

Verantwortung, Vernetzung, Zukunft“

Im November 2025 hat der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben eine Fachtagung mit rund 180 Teilnehmenden durchgeführt. Darunter waren Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Bildung und Forschung, Verwaltung, Polizei und Strafverfolgung, Politik sowie aus Kunst und Kultur.

In Vorträgen, Workshops und Panels wurde der Frage nachgegangen, wie man der gestiegenen Bedrohung des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg begegnen, „Best Practices“ nutzen und neue Forschungserkenntnisse einbeziehen kann.

Dies umfasste die Felder „Antisemitismus als popkulturelles Ereignis“, „Antisemitismus im Sport“, „KI & Deepfakes“, „Antisemitismuskritische Bildung“, „Antisemitismus aus juristischer Perspektive“, „Antisemitismus erkennen“, „Antisemitismus an Hochschulen und Gedenkstätten“ und die „Leipziger Autoritarismusstudie – Fokus Baden-Württemberg“.

Die Fachtagung hat deutlich gemacht, dass es in den vergangenen Jahren gelungen ist, eine breite Allianz aus Expertinnen und Experten in der Bekämpfung des Antisemitismus zu bilden.

Länderübergreifende Zusammenarbeit

Hass und Hetze kennen keine Landesgrenzen. Im März 2023 führte der Kabinettsausschuss eine Bund-Länder-Umfrage zu Maßnahmen gegen Hasskriminalität durch. Im darauffolgenden Jahr fand ein Austausch mit Polizei und Justiz in Bayern statt, der sich insbesondere den Themen Antisemitismus und Hasskriminalität widmete. Hier nahmen unter anderem die Polizeirabbiner, Ansprechpersonen IRGen und die Kontaktpersonen Hasskriminalität teil.

Im April 2024 lud die KoSt PolAr zu einem Bund-Länder-Austausch nach Stuttgart ein. Neben den Länderministerien und Landeskriminalämtern beteiligten sich auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Mittelpunkt standen der Austausch über bestehende Maßnahmen, die Vorstellung von verschiedensten Ansätzen sowie die Stärkung des bundesweiten Netzwerks.

Delegationsreise und Kooperationsvereinbarung Yad Vashem

Bereits im Jahr 2019 fand eine Delegationsreise von Vertreterinnen und Vertretern der Polizei Baden-Württemberg nach Israel (Yad Vashem) statt. Ziel war es, die Sensibilität für Antisemitismus und jüdisches Leben weiter zu erhöhen und die gute Zusammenarbeit der Polizei mit den jüdischen Gemeinden zu stärken. Im Jahr 2022 wurde eine weitere Delegationsreise nach Israel mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus dem Staatsschutzbereich, organisiert und begleitet durch das konex und die Task Force gegen Hass und Hetze, durchgeführt.

Ausgehend von den sehr guten Erfahrungen und positiven Rückmeldungen aus den Delegationsreisen, wurde im Dezember 2025 eine gemeinsame Kooperation zwischen der in Yad Vashem angegliederten International School for Holocaust Studies und der Polizei Baden-Württemberg vereinbart. Mit dieser Kooperation werden die bereits bestehenden Maßnahmen gegen Antisemitismus und zur Sensibilisierung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Umgang mit Antisemitismus in Baden-Württemberg weiter gestärkt und ergänzt.



QR-Code scannen
und informieren.



QR-Code scannen und
Handreichung herunterladen.



4.4 Forschung

Um Hass und Hetze zielgerichtet zu bekämpfen, spielt die Forschung eine wichtige Rolle. Auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse können gesellschaftliche, kulturelle oder auch psychologische Ursachen für Hass und Anfeindungen besser verstanden und so passgenau präventiv wie repressiv angegangen werden. Der Kabinettsausschuss hat sich daher einen Überblick über den Forschungsstand zu Hass und Hetze verschafft.

Erhebung aktueller Forschungsstand

Die Task Force gegen Hass und Hetze erhob zu Beginn als eine wesentliche Grundlage für ihre Arbeit den aktuellen Forschungsstand im Zusammenhang mit Hass und Hetze. Zwischenzeitlich erfolgt über das gewachsene Netzwerk eine kontinuierliche und automatisierte Bereitstellung aktueller Studien. Die empirischen Erkenntnisse werden vor allem bei der Auswahl der Zielgruppen sowie der Ausrichtung der Maßnahmen berücksichtigt.

Forschungsprojekt zu individuellen Folgen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Hasskriminalität

Um empirische Erkenntnisse zur Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg von Hasskriminalität zu gewinnen, wurde die bundesweite Befragung zur Vertrauenswürdigkeit polizeilicher Extremismusprävention von konex entsprechend erweitert. Hierbei wurde ein breites

Spektrum an Themen berücksichtigt, unter anderem Fragen zu Beleidigungen bis hin zu Sexualdelikten. Das persönliche Empfinden der Befragten war dabei ausschlaggebend. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass sich Betroffene häufig keine externe Hilfe suchen und auch selten Anzeige bei der Polizei erstatten. Dies unterstreicht die Bedeutung von Prävention sowie der weiteren Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

GesellschaftsReport „Hatespeech gegen Kommunalpolitikerinnen in Baden-Württemberg“

Im Jahr 2023 wurde der GesellschaftsReport durch die FamilienForschung BW erarbeitet und veröffentlicht. Er untersucht, wie Hatespeech gegen Kommunalpolitikerinnen eingesetzt wird und welche Auswirkungen dies für die Betroffenen auf persönlicher sowie auf politischer Ebene hat. Im Ergebnis wird der Zusammenhang zwischen Geschlecht und Betroffenheit von Hatespeech deutlich. Der Report hat wesentlich zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema beigetragen und die Anlaufstellen im Land bekannter gemacht.

Forschungsprojekt Altersradikalisierung

Das Thema Radikalisierung und (Rechts-)Extremismus im Alter hat bislang kaum Beachtung in Wissenschaft und Politik gefunden. In der explorativen Interviewstudie „Rechtsextremismus im Alter als Gefahr für Engagement und Zusammenhalt in Baden-Württemberg“ (RAGE BW) widmeten sich die Forschenden dem (Rechts-)Extremismus im Alter. Die Ursachen und Ausdrucksformen der Radikalisierung älterer Menschen unterscheiden sich deutlich von denen jüngerer Generationen. Dies erfordert neben weiterer Forschung auch neue Präventionsansätze, die in bestehende soziale Strukturen eingebettet sein, auf Freiwilligkeit beruhen und ältere Menschen aktiv in Planung und Umsetzung einbinden sollten.

Die Studie wurde vom Sozialministerium in Auftrag gegeben und mit Mitteln finanziert, die der Landtag Baden-Württemberg bereitgestellt hat.



QR-Code scannen
und Handreichung
herunterladen.

5. Fazit

Der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ und die Task Force gegen Hass und Hetze haben vielfältige Maßnahmen ergriffen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, einen respektvollen Umgang – auch im digitalen Raum – zu fördern und konsequent gegen Hass und Hetze vorzugehen. Dieser Bericht zeigt die Fülle und Bandbreite der Anstrengungen. Der Kabinettsausschuss und die Task Force haben dabei Maßnahmen initiiert, die von Dauer sind, um auch in Zukunft ihre Wirkung entfalten zu können.

Für die Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen war die vertrauensvolle, ressortübergreifende Zusammenarbeit im Kabinettsausschuss und die professionsübergreifende Netzwerkarbeit der Task Force mit ihren Partnerinnen und Partnern von elementarer Bedeutung.



Der Kabinettsausschuss und die Task Force haben fortwährend Ansprechstellen identifiziert und sichtbar gemacht, Austauschformate etabliert und Netzwerke ausgebaut. Der Kabinettsausschuss und die Task Force haben hierdurch Strukturen erschaffen, die im Arbeitsalltag angekommen und fest verankert sind.

Es gilt nun, die Bekämpfung von Hass und Hetze mitsamt den geschaffenen Strukturen zu verstetigen und kontinuierlich weiterzuentwickeln, um auf neue Herausforderungen gemeinsam, zügig und angepasst reagieren zu können. Der Kabinettsausschuss bittet daher die beteiligten Ministerien, diese Aufgabe in die Regelorganisationen zu überführen.

Die nachhaltige Bekämpfung von Hass und Hetze ist und bleibt dabei eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die alle betrifft und bei der das hartnäckige Engagement aller Menschen in Baden-Württemberg unerlässlich ist – für ein besseres und friedliches Miteinander.

